

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Erwin Angerer, DI Gerhard Deimek
und weiterer Abgeordneter

betreffend künftige Finanzierung des öffentlichen Verkehrs im ländlichen Raum und
Ermöglichung alternativer Bedienungsformen

*eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 11, Bericht des Verkehrsausschusses über
den Antrag 750/A(E) der Abgeordneten Erwin Angerer, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Alternative Bedienungsformen - Anpassungsbedarf im KfVG und GelVerkG
(549 d.B.) in der 68. Sitzung des Nationalrates am 22. April 2015*

Die demographischen Entwicklungen in den ländlichen Regionen machen es immer schwerer, in diesen Regionen eine bedarfsgerechte Grundversorgung mit Öffentlichem Verkehr zu finanzieren und längerfristig sicherzustellen. Vor allem in den besonders peripher gelegenen und dünn besiedelten Gebieten ist es kaum möglich, eine wirtschaftlich vertretbare Verkehrsbedienungsform im herkömmlichen Linienverkehr anzubieten. Die Bundesförderung für Schülerfreifahrten ist beispielsweise derart ausgestaltet, dass sie sich an der Anzahl der zu befördernden Schüler orientiert. Da diese in vielen Regionen rückläufig ist, werden Förderungen minimiert, was in weiterer Folge bereits zu einer Außerbetriebnahme vieler Linien geführt hat. Für die betroffene Bevölkerung ist es aber dennoch unerlässlich, dass die Aufrechterhaltung eines gewissen Mindestangebots an öffentlichen Verkehrsmitteln garantiert wird.

Neben einer mittlerweile bereits seit Jahren ausstehenden grundsätzlichen Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs ist es in Österreich offensichtlich bis zum heutigen Tage auch nicht möglich, alternative und flexible Bedienungsformen im Öffentlichen Verkehr in den ländlichen Gebieten zu ermöglichen und finanziell abzusichern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, alles zu unternehmen, um die künftige Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs insbesondere im ländlichen Raum sicherzustellen und dabei auch die Umsetzung alternativer Bedienungsformen zu ermöglichen."

